



Nr. 28

19. August 2021

Friedrichstraße 169
D-10117 Berlin

Verantwortlicher Redakteur
Michael Eufinger

Telefon 030.40 81-55 70
Telefax 030.40 81-55 99
presse@dbb.de
www.dbb.de

Inhalt

Bundestagswahl 2021

[Öffentlicher Dienst: dbb will Investitionen](#)

Kundgebung in Berlin

[Bahn-Streik: Beschäftigte des öffentlichen Dienstes solidarisieren sich](#)

dbb jugend

[Staatsdienst: Vielfalt der Gesellschaft muss sich widerspiegeln](#)

dbb jugend

[Internationaler Tag der Jugend: Aufmerksamkeit ist gut, Partizipation ist nötig](#)

Aus Bundesländern und Mitgliedsgewerkschaften

Thüringen

[Pensionsfonds soll aufgelöst werden](#)

Mecklenburg-Vorpommern/Schleswig-Holstein

[60 Jahre Mauerbau: Gedenkveranstaltung in Schwerin](#)

Verband Bildung und Erziehung (VBE)

[Impfung für Kinder über 12: Beratung notwendig, Freiwilligkeit erhalten](#)

Bund Deutscher Forstleute (BDF)

[Artenvielfalt im Wald fördern, Bodenschutz stärken](#)

[Namen und Nachrichten](#)

aktuell

Informationsdienst des dbb

Bundestagswahl 2021

Öffentlicher Dienst: dbb will Investitionen

Vor der Wahl sendet der dbb eine klare Botschaft an die Parteien: Der öffentliche Dienst braucht kräftige Investitionen, um die gewaltigen Zukunftsaufgaben schultern zu können.

„Der öffentliche Dienst sorgt dafür, dass das Land funktioniert und die Gesellschaft zusammenhält – sollte man meinen“, sagte dbb Chef Ulrich Silberbach am 19. August 2021 in Berlin. „In den vergangenen Tagen, Wochen und Monaten aber hat sich gezeigt, dass diese Verlässlichkeit deutliche Risse erlitten hat. Ob beim Handling der Corona-Pandemie, in der Katastrophenprävention oder mit Blick auf die Reaktionsfähigkeit bei akuten politischen Herausforderungen oder digitale Performance: Es knirscht an allen Ecken und Enden. Nicht etwa, weil die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes nicht können oder wollen. Sondern weil man den öffentlichen Dienst seit Jahren personell und sachmitteltechnisch konsequent dermaßen auf Kante genäht hat, dass die Defizite nun dauerhaft zutage treten“, kritisierte Silberbach. Die gesellschaftlichen Fliehkräfte, die ein in Sachen Bildung, Sicherheit und soziale Angebote nicht funktionierender Staat freisetze, seien ein „Pulverfass“. „Es braucht angesichts der gewaltigen Zukunftsaufgaben, die uns mit sozialer Sicherung, Gesundheitsschutz, Klimawandel und Migration ins Haus stehen, massive Investitionen in unser Land und in seinen öffentlichen Dienst. Keine einzige weitere Sparrunde!“, warnte der dbb Chef.

In seinen Wahlprüfsteinen zur Bundestagswahl hat der dbb als Spitzenorganisation der Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes und der privatisierten Bereiche mit über 1,3 Millionen Mitgliedern seine Forderungen an die Parteien klar formuliert:

1. Das Bekenntnis zu einem leistungsfähigen öffentlichen Dienst darf kein Lippenbekenntnis bleiben. Vielmehr muss der öffentliche Dienst finanziell und personell weiter gestärkt werden. Die Herausforderungen des demografischen Wandels erfordern eine auf die Zukunft ausgerichtete Personalplanung, unter strikter Beachtung einer aufgabengerechten Personalausstattung.
2. Von der Politik wird ein klares Bekenntnis zum Berufsbeamtentum erwartet. Dazu gehört auch, dass die Beamtinnen und Beamten auf ihre eigenständige Alterssicherung vertrauen

können. Denn die eigenständige Beamtenversorgung ist integraler Bestandteil des Berufsbeamtentums und ein wesentlicher Attraktivitätsbaustein im Bereich von Personalgewinnung und -pflege.

3. Das duale Gesundheitssystem und die damit verbundenen beamtenrechtlichen Sicherungssysteme müssen erhalten und fortentwickelt werden.
4. Angesichts sich verändernder Rahmenbedingungen, insbesondere durch die zunehmende Digitalisierung der öffentlichen Verwaltung, muss das Dienst- und Laufbahnrecht fortlaufend evaluiert und weiterentwickelt werden.
5. Die Vereinbarkeit von Beruf, Familie und Pflege hat dabei eine besondere Bedeutung: Flexible Arbeitszeitmodelle und Beschäftigungsformen müssen neu geschaffen, vorhandene weiterentwickelt werden. Damit lässt sich die Attraktivität des öffentlichen Dienstes nachhaltig erhöhen.
6. Agilität und Diversität dürfen keine leeren Phrasen sein, sondern wesentliche Bestandteile von Personalmanagement und -entwicklung. Wegen seiner Vorbildfunktion muss der öffentliche Dienst Spiegelbild der Gesellschaft werden. Dazu braucht die öffentliche Verwaltung ein dauerhaftes Diversitätsmanagement.
7. In Leitungsfunktionen ist die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen, Männern und Diversen unter Beachtung des Leistungsgrundsatzes umzusetzen.
8. Die Modernisierung des Bundespersonalvertretungsgesetzes ist unter Berücksichtigung der gleichberechtigten Partnerschaft zwischen Personalrat und Dienststelle fortzusetzen. Insbesondere mit Blick auf die fortschreitende Digitalisierung ist dabei die Qualität der Beteiligung der Personalvertretungen auszubauen.

9. Mit Blick auf ständig zunehmende Fallzahlen von tätlichen Angriffen sowie Beleidigungen und Bedrohungen von Beschäftigten des öffentlichen Dienstes muss der Schutz aller Beschäftigten auch als Teil der Gesundheitsfür- und vorsorge gefördert und gewährleistet werden.
10. Die erfolgreiche Digitalisierung öffentlicher Dienstleistungen ist ein entscheidender Zukunftsfaktor für Deutschland. Es sind effektive Entscheidungs-, Steuerungs- und Umsetzungsstrukturen zu schaffen, die gewährleisten, dass die Digitalisierung staatlicher Dienstleistungen Nutzern wie auch Anwendern schnell, flächendeckend und Ebenen übergreifend zur Verfügung stehen. Um die Ebenen übergreifende Zusammenarbeit in Digitalisierungsfragen zu verbessern und zu koordinieren muss die Föderale IT-Kooperation (FITKO) zu einer schlagkräftigen Digitalisierungsagentur nach internationalem Vorbild ausgebaut werden. Die Kompetenzen und Durchgriffsrechte einer solchen Digitalisierungsagentur sind in einem Staatsvertrag zwischen Bund und Ländern festzulegen.
- Der dbb hat den im Bundestag vertretenen demokratischen Parteien einen Fragenkatalog zum öffentlichen Dienst vorgelegt. Die Antworten der Parteien gibt es auf [dbb.de](https://www.dbb.de).

Kundgebung in Berlin

Bahn-Streik: Beschäftigte des öffentlichen Dienstes solidarisieren sich

Im Tarifkonflikt bei der Deutschen Bahn (DB) wird die Gewerkschaft Deutscher Lokomotivführer (GDL) von den Beschäftigten des öffentlichen Dienstes aus der dbb-Familie unterstützt.

Um die berechtigten Einkommensforderungen der Bahn-Beschäftigten durchzusetzen, haben GDL und dbb gemeinsam am 17. August 2021 vor dem „Bahntower“ am Potsdamer Platz in Berlin protestiert. „Der dbb ist eine Solidargemeinschaft. Wenn eine unserer Mitglieds-gewerkschaften in einen Streik gezwungen wird, wie jetzt die GDL vom DB-Management, dann stehen wir eng zusammen. Deshalb freut es mich, dass Kolleginnen und Kollegen aus verschiedenen Bereichen des öffentlichen Dienstes hier klar Stellung beziehen“, sagte der dbb Bundesvorsitzende Ulrich Silberbach. „Das Signal an die Bahn-Bosse ist klar: Schluss mit den medialen Nebelkerzen, her mit den verhandlungsfähigen Angeboten!“

Der GDL-Bundesvorsitzende Claus Weselsky, gleichzeitig stellvertretender Bundesvorsitzender des dbb, war ebenfalls erfreut über die Solidarität: „Wir sind Gegenwind gewöhnt. Aber Rückenwind ist natürlich besser. Deshalb tut es gut, diese Unterstützung aus der dbb-Familie zu sehen. Wir werden weiter entschlossen dafür kämpfen, dass unsere Kolleginnen und Kollegen von der Bahn nicht finanziell abgehängt werden, während sich das Management

hohe Bonuszahlungen genehmigt. Das Land braucht eine starke Deutsche Bahn. Dafür brauchen wir qualifiziertes und motiviertes Personal. Dafür brauchen wir anständige Arbeitsbedingungen. Dafür brauchen wir einen Bahnvorstand, der endlich seiner Verantwortung gerecht wird. Es ist höchste Zeit!“

Zuvor hatte dbb Chef Silberbach den Streik der GDL bereits im Tagesspiegel (Ausgabe vom 17. August 2021) verteidigt: „Ein Streik soll Schmerzen verursachen und somit die Kompromissbereitschaft der Arbeitgeber erhöhen. Die Bahn hat binnen vieler Monate kein vernünftiges Angebot vorgelegt, sodass der GDL keine andere Wahl blieb als der Arbeitskampf.“ Daher gebe es auch großes Verständnis für das Vorgehen der GDL in der Bevölkerung. Vermutlich seien sogar noch weitere Streikaktionen notwendig, auch wenn am langen Ende natürlich ein Kompromiss stehen müsse. Silberbach: „Derzeit sieht es aber so aus, dass es weiteren Druck braucht, damit der Vorstand der Bahn seine Strategie überdenkt.“

Ein Video mit Eindrücken der Protestaktion gibt es auf [dbb.de](https://www.dbb.de).

dbb jugend

Staatsdienst: Vielfalt der Gesellschaft muss sich widerspiegeln

Angesichts des demografischen Wandels fordert die dbb jugend, künftig neue Wege der Personalgewinnung zu finden, um breitere Bevölkerungsgruppen anzusprechen.

„Der öffentliche Dienst muss vielfältiger werden“, betonte die Vorsitzende der dbb jugend, Karoline Herrmann, am 16. August 2021. In den kommenden Jahren gingen rund 37 Prozent der heute im Staatsdienst Beschäftigten in ihren wohlverdienten Ruhestand, so Herrmann. „Zugleich werden die Aufgaben, die der Staat zu bewältigen hat, eher größer als kleiner“, erklärte die dbb jugend-Vorsitzende. „Wir müssen daher mehr Bevölkerungsgruppen vom öffentlichen Dienst überzeugen.“

Dass dies, wie häufig befürchtet, keine Einbußen in der Qualifizierung der Bewerber*innen mit sich bringen muss, sei durch zahlreiche

Studien erwiesen. „Im Gegenteil“, erklärte Herrmann, „können wir etwa durch anonymisierte Bewerbungsverfahren, gezielte Personalentwicklungskonzepte und Diversity-Management sowohl die Vielfalt in den Dienststellen erhöhen als auch die Leistungsfähigkeit des öffentlichen Dienstes sicherstellen.“

Darüber hinaus zeigten Untersuchungen, dass interkulturell gemischte Teams effektiver arbeiten und innovativere Lösungen für Herausforderungen finden. Herrmann: „Es wird Zeit, dass sich die gesellschaftliche Vielfalt auch im öffentlichen Dienst widerspiegelt.“

dbb jugend

Internationaler Tag der Jugend: Aufmerksamkeit ist gut, Partizipation ist nötig

Um die motivierte und politisch interessierte junge Generation nicht zu übergehen, fordert die dbb jugend mehr Möglichkeiten zur Partizipation für Heranwachsende.

„Wir erleben eine Generation, die sich der großen Herausforderungen unserer Zeit bewusst ist und sich ihnen stellt“, betonte dbb jugend-Chefin Karoline Herrmann anlässlich des Internationalen Tags der Jugend am 12. August 2021. Engagierte Jugendliche demonstrierten seit Jahren für eine umfassende Generationengerechtigkeit, die über die fiskalische Dimension hinausreicht. „Wir brauchen dringend Investitionen, um faire Bildungschancen für alle zu schaffen, um den Kampf gegen die Umweltzerstörung voranzutreiben und die Digitalisierung zu meistern“, stellte Herrmann fest. „Zugleich darf die heranwachsende Generation nicht auf den immensen Schulden der Krisenbewältigung sitzen bleiben.“

„Es darf nicht sein“, machte die dbb jugend-Chefin deutlich, „dass genau diejenigen, die von den Folgen der heutigen Krisen am meisten betroffen sein werden, bislang kaum politisches Mitspracherecht haben.“ Gerade jetzt

zeige die Corona-Krise sehr deutlich, dass die Belange der Kinder und Jugendlichen oft nicht ernst genug genommen werden. „Es ist nicht zu rechtfertigen, dass es eineinhalb Jahre nach Pandemiebeginn immer noch keine flächendeckenden Konzepte gibt, wie etwa der Schulunterricht bestmöglich aufrechterhalten werden kann“, so Herrmann.

Auch und besonders mit Blick auf den Klimawandel müssten die Belange der kommenden Generationen viel mehr in den Mittelpunkt gerückt werden. Herrmann: „Selbst das Bundesverfassungsgericht hat bestätigt, dass mit der aktuellen Umwelt-Politik die zukünftige Freiheit der heutigen Jugend über Gebühr beschnitten wird. Nachdrücklicher kann doch fast nicht deutlich gemacht werden, dass die Perspektive dieser Generation jetzt stärker in den Entscheidungsprozessen berücksichtigt werden muss.“

Aus Bundesländern und Mitgliedsgewerkschaften

Thüringen

Pensionsfonds soll aufgelöst werden

„So also will das Ministerium den Landeshaushalt 2022 sanieren, indem die gesetzlich verankerte Fürsorgepflicht ausgehebelt wird. Wir sollen für Prestigeobjekte von R2G bluten.“ Mit diesen Worten kommentierte der Vorsitzende des Thüringer Beamtenbundes (tbb) Frank Schönborn am 11. August 2021 die vom Finanzministerium geplante Auflösung des Pensionsfonds.

Schönborn weiter: „Das ist kein Umgang miteinander. Das ist unsolidarisch gegenüber der Thüringer Beamtenschaft. Das zeigt, wie gering die Wertschätzung für unsere Kolleginnen und Kollegen ist. Das ist modernes Raubrittertum – einfach fremder Leute Gut und Geld zu stehlen.“ Man werde alle erdenklichen Schritte dagegen unternehmen und die ursprüngliche Zusage der Entlastung des Haushalts für Versorgungsaufwendungen einfordern: „Einen solchen Versuch der ‚kalten Enteignung‘ hat es bisher noch nicht in Thüringen gegeben. Und so muss es auch bleiben!“

Hintergrund:

Dem Pensionsfond wurden von 1999 bis 2017 entsprechend den damaligen bundesgesetzlichen Vorgaben 0,2 Prozentpunkte der Besoldungs- und Versorgungsanpassungen und die daraus resultierenden Beiträge zugeführt. Das Sondervermögen hatte am 31.12.2017 einen Stand von 286 Millionen Euro. Damals war eine Entnahme allein zur schrittweisen Entlastung von Versorgungsaufwendungen und nach Maßgabe des Gesetzes möglich. Nachdem bereits einmal ohne Beteiligung des tbb eine Entnahme von 141 Millionen Euro erfolgte und damals nach massiver Kritik des tbb eine Beteiligung im Vorfeld versprochen wurde, soll jetzt der Pensionsfonds endgültig aufgelöst werden.

Mecklenburg-Vorpommern/Schleswig-Holstein

60 Jahre Mauerbau: Gedenkveranstaltung in Schwerin

Am 13. August 2021 fand im Schweriner Stadtschloss eine gemeinsame Gedenkveranstaltung der Präsidentin des Landtages Mecklenburg-Vorpommern, Birgit Hesse, und die Vizepräsidentin des Schleswig-Holsteinischen Landtags, Aminata Touré, zum 60. Jahrestag des Mauerbaus statt. Auch die Chefs der beiden dbb Landesbünde nahmen teil.

Dietmar Knecht (dbb mecklenburg-vorpommern) und Kai Tellkamp (dbb schleswig-holstein) erklärten dort gemeinsam: „Die Geschichte hat bewiesen, dass sich Menschen nicht spalten lassen, egal was die politische Führung beabsichtigt und egal, wie lange der Missstand anhält. Für uns als gewerkschaftliche Interessenvertreter ist besonders deutlich geworden, wie unterschiedlich – obwohl die

Mauer nun mit 32 Jahren länger weg ist als sie je stand – die Nachwirkungen in unseren beiden Nachbarländern noch sind. Das spornt uns, an weiterhin dafür zu kämpfen, dass noch vorhandene Trennlinien insbesondere bei den Arbeits- und Lebensbedingungen endlich verschwinden und damit das unsägliche Kapitel der deutsch-deutschen Teilung abgehakt werden kann“.

Verband Bildung und Erziehung (VBE)

Impfung für Kinder über 12: Beratung notwendig, Freiwilligkeit erhalten

„Wir teilen die Bedenken des Berufsverbandes der Kinder- und Jugendärzte, Kinder an der Schule zu impfen. Noch mehr als bei den Erwachsenen sollte in dieser Altersgruppe auf Freiwilligkeit gesetzt werden“, erklärte VBE Chef Udo Beckmann am 19. August 2021.

„Deshalb ist es unbedingt notwendig, dass die betroffenen Kinder gemeinsam mit ihren Eltern

und nach einer eingehenden Beratung durch den jeweiligen Kinder- oder Hausarzt eine informierte Entscheidung treffen. Ob dies einzulösen ist, wenn die Impfung in Impfmobilen vor der Schule erfolgt, halten wir für fraglich“, so Beckmann weiter.

Der VBE Bundesvorsitzende sieht zudem das Risiko von Konflikten, wenn Eltern und Jugendliche, die sich bedrängt sehen, entstehende Aggressionen an Lehrkräften und Schulleitungen auslassen oder gar Impfwillige angehen: „Die eigentlich gute Idee, dorthin zu gehen, wo sich die Kinder und Jugendlichen gewohnheitsmäßig aufhalten, wird so konterkariert. Die Kultusministerien, die vorhaben, Impfmobile an Schulen zu installieren, sollten daher mindestens darüber nachdenken, wie nachgewiesen werden kann, dass eine ausreichende Aufklärung gemeinsam mit den Erziehungsberechtigten stattgefunden hat, und zum anderen, wie der Schutz des Personals in den Impfmobilen und an Schulen sichergestellt werden kann.“

Grundsätzlich werde die Entscheidung der Ständigen Impfkommission, eine Empfehlung zur Impfung auch der 12- bis 17-Jährigen auszusprechen, begrüßt. „Natürlich ist jede Impfung ein Schritt zu mehr Sicherheit, weniger schweren Verläufen und dem Schutz für all jene, die nicht geimpft werden können. Gerade die Impfung jüngerer Jahrgänge trägt zudem dazu bei, den Schulbetrieb sicherer zu gestalten. Daraus darf jedoch kein übergroßer Druck entstehen, dass sich nun prioritär die Jüngeren impfen lassen müssen. Es muss Raum gelassen werden für Ängste und Vorbehalte, schließlich haben wir es hier immer noch mit Minderjährigen zu tun, die besonders schutzbedürftig sind“, so Beckmann. Er betonte die Verantwortung der Gesellschaft: „Hauptaufgabe muss es sein, dass diejenigen geschützt werden, die sich nicht impfen lassen können. Um einen sicheren Schul- und Kitabetrieb für die unter 12-Jährigen zu gewährleisten, ist es auch notwendig, eine hohe Impfquote in der Gesamtgesellschaft zu erreichen.“

Bund Deutscher Forstleute (BDF) Artenvielfalt im Wald fördern, Bodenschutz stärken

Der BDF hat am 13. August 2021 ein Forderungspapier zur Bundestagswahl veröffentlicht, in dem er zur Umsetzung der Biodiversitätsziele durch die zukünftige Bundesregierung auffordert.

Die dort angestrebten fünf Prozent Wälder ohne Bewirtschaftung sollten erreicht werden, auch unter Einbeziehung bereits brachliegender Privatwaldparzellen. „Mehr als fünf Prozent der Waldfläche sollten allerdings nicht aus der Waldbewirtschaftung herausgenommen werden“, so Bundesvorsitzender Ulrich Dohle. „Vielmehr brauchen wir für alle bewirtschafteten Wälder, ob privat oder öffentlich, konkrete Strategien zur Erhöhung der Artenvielfalt mit einem regelmäßigen Erfolgsmonitoring.“

Weiter fordert der BDF gemeinsame Anstrengungen zum Schutz der Waldböden. „Die vorhergehende dreijährige Dürre und nun die diesjährige Flutkatastrophe sollten uns alle daran erinnern, auch die Wasserhaltefähigkeit unserer Wälder durch Verbesserung der Bodenstruktur und Humusbildung zu erhöhen“, beleuchtet der Bundesvorsitzende am aktuellen Beispiel die Bedeutung der Waldböden.

Diese seien zudem in ihrer ungeheuren Artenvielfalt intensiver zu erforschen. „Die winzigen unterirdischen Arten und ihre komplexen Lebensgemeinschaften müssen stärker untersucht werden, um unsere Waldökosysteme besser zu verstehen.“

Die künftige Bundesregierung soll nach den Vorstellungen des BDF die Biodiversitätsstrategie für den Wald bis 2030 umsetzen. Wenn dabei das Naturschutzprogramm zum Nationalen Naturerbe um zusätzliche Flächen erweitert wird, sollten diese in Besitz und in Betreuung durch den Bund bleiben. „Wir haben hier langjährig bewährte Lösungen und Kooperationen, die auch auf künftige Flächen angewandt werden sollten“, so Dohle. Für die notwendige naturnahe Bewirtschaftung von Wäldern in Privatbesitz soll der Bund eine Förderstrategie entwickeln, die wie beim Öko-Landbau ein Umsteuern erleichtert, so der BDF.

Namen und Nachrichten

Die **dbb bundesfrauenvertretung** hat ihre Social Media Präsenz erweitert und ist ab sofort unter **@dbbfrauen** auch auf Instagram zu finden. Über ihren Instagram-Kanal berichten die **dbb frauen tagesaktuell** über die frauenpolitische Gewerkschaftsarbeit im **dbb beamtenbund und tarifunion**, informieren über gleichstellungspolitische Entwicklungen und bieten ihrer Community Service-Angebote und Aktionen an. Das neue Informationsangebot ergänzt das bisherige Kommunikationsspektrum um einen weiteren interaktiven Social-Media-Kanal und richtet sich vorrangig an gewerkschaftlich organisierte und interessierte Frauen. Regelmäßige Updates und einen Blick hinter die Kulissen der **dbb bundesfrauenvertretung** finden Sie auf Instagram unter www.instagram.com/dbbfrauen/.

Das Landesamt für Besoldung und Versorgung (LBV) bietet Beihilfeberechtigten des Landes Baden-Württemberg seit Anfang August 2021 mit der App „Beihilfe BW“ einen neuen Service

an. Nutzer dieser App können Rezepte, Rechnungen von Ärzten oder Pflegeheimen sowie andere Krankheits- und Pflegekosten zunächst per Smartphone oder Tablet digital erfassen und dann direkt an die Beihilfestelle des LBV übermitteln. Mit der Einführung der Beihilfe-App modernisiert und verbessert das LBV seinen Kundenservice. Für Kundinnen und Kunden geht die Antragstellung damit nicht nur schneller, sondern wird auch vereinfacht. Der **BBW** hat dazu auf seiner Internetseite dbb.de weitere Informationen zusammengestellt.

Am 11. August 2021 besuchte Heiko Strohmann, der neue CDU-Fraktionsvorsitzende in der Bremischen Bürgerschaft, **Jürgen Köster**, den Landesbundvorsitzende des **dbb bremen**. Gesprächsthemen waren unter anderem die amtsangemessene Alimentation von Beamtinnen und Beamten vor dem Hintergrund der aktuellen Bundesverfassungsurteile sowie das auch in Bremen umgesetzte „Hamburger Modell“ der pauschalen Beihilfe.

Termine:

26. August 2021

Einkommensrunde 2021: Bekanntgabe der gewerkschaftlichen Forderungen
Mehr Informationen unter
www.dbb.de/einkommensrunde

5. Oktober 2021

6. Seniorenpolitische Fachtagung: „Mobil sein - neue Wege gehen“
Weitere Informationen folgen.

8. Oktober 2021

Einkommensrunde 2021: 1. Verhandlungsrunde
Mehr Informationen unter
www.dbb.de/einkommensrunde

21. Oktober 2021

Ideencampus **dbb jugend** „Extrem menschlich“
Mehr Informationen unter
<https://www.dbb-jugend.de/events/ideencampus-extrem-menschlich.html>

1. und 2. November 2021

Einkommensrunde 2021: 2. Verhandlungsrunde
Mehr Informationen unter
www.dbb.de/einkommensrunde

27. und 28. November 2021

Einkommensrunde 2021: 2. Verhandlungsrunde
Mehr Informationen unter
www.dbb.de/einkommensrunde